

Jugend unter Druck: Jede fünfte junge Person plant auszuwandern – Berufliche Schulen dringender nötig denn je

Wer Baden-Württemberg durch wirtschaftlich schwierige Zeiten führen will, kommt an den Beruflichen Schulen nicht vorbei. Mehr als 70 Prozent aller Schülerinnen und Schüler durchlaufen mindestens eine Berufliche Schule – sie sind Fachkräftesicherung, Integrationsort und Aufstiegschance in einem.

Wir brauchen sie auch, weil wir sonst Gefahr laufen, eine Generation zu verlieren: junge Menschen, die unter Druck stehen, an ihrer Zukunft zweifeln und verlässliche Perspektiven vermissen. Die Studie „Jugend in Deutschland 2026“¹ zeigt die Brisanz: 29 Prozent der jungen Menschen geben an, psychologische Unterstützung zu benötigen, 21 Prozent planen konkret, Deutschland zu verlassen. Kilian Hampel betont, junge Menschen bräuchten „verlässliche Perspektiven für Arbeit, Wohnen und finanzielle Sicherheit“.

Bei der Landespressekonferenz am 16. April hat der BLV sein Neun-Punkte-Programm vorgestellt und richtet damit eine klare Botschaft an die Koalitionsverhandler: Berufliche Schulen müssen im Koalitionsvertrag sichtbar werden – nicht später, sondern jetzt.

BLV-Forderungen im Neun-Punkte-Programm

1. Die Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg brauchen im künftigen Koalitionsvertrag ein **sichtbares Schwerpunkt Kapitel** – als strategischer Bereich für Fachkräftesicherung, Integration, Innovation, Übergänge und Weiterbildung an unseren Schulen.
Dazu gehört ausdrücklich auch, die **berufliche Orientierung stärker an den Beruflichen Schulen selbst zu verankern**. Denn dort gibt es die Fachlehrkräfte, die Werkstätten, die Labore und die Lernumgebungen, in denen Berufe nicht abstrakt erklärt, sondern konkret erfahrbar werden. In Kooperation mit den dualen Partnern könnte die berufliche Orientierung so zielgerichtet intensiviert werden.
2. Wir brauchen ein **Sofortprogramm gegen Bürokratie und Konzeptionitis**. Die neue Landesregierung sollte in den ersten Monaten systematisch prüfen, welche Konzepte, Erhebungen, Berichtspflichten und Nachweisschleifen tatsächlich einen nachweisbaren Nutzen für Unterricht und Schulentwicklung haben. Alles andere gehört gestrichen oder vereinfacht. Was landesweit gleich ist, darf nicht an unseren rund 300 Schulen parallel neu erfunden werden müssen.
3. **Sprachförderung** muss dauerhaft abgesichert werden. Sie ist an Beruflichen Schulen längst eine Daueraufgabe. Tausende Jugendliche werden in VABO und im Übergangsbereich begleitet, und der Sprachförderbedarf endet nicht mit dem Wechsel, z. B. in eine Ausbildung. Genau hier fehlt oft die strukturelle Absicherung: zu wenig Personal, zu viele befristete Lösungen und zu viele Brüche zwischen Vorbereitung, Regelunterricht und Ausbildung. Wer Integration politisch will, muss deshalb Sprachförderung als verlässlichen Bestandteil Beruflicher Bildung absichern.¹

¹ Hampel, Kollack, Schnetzer (2026): Jugend in Deutschland 2026. Vgl. Deutsches Schulportal, Meldung vom 25.03.2026. <https://deutsches-schulportal.de/schule-im-umfeld/stress-schulden-unsicherheit-junge-menschen-blicken-skeptisch-in-die-zukunft/>

² Zum anhaltenden Sprachförderbedarf in VABO und Übergängen: Kultusministerium Baden-Württemberg, Informationen zu Beschulungsformaten/VABO und beruflicher Orientierung. <https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/schulartuebergreifend/berufliche-orientierung>

4. **Berufsvorbereitung** muss verlässlich finanziert werden. Gerade bei den AVdual-Begleiterinnen und -Begleitern zeigt sich, wie wichtig tragfähige Strukturen sind: Das Wirtschaftsministerium fördert diese Stellen, zugleich setzt das Modell eine Kofinanzierung der Stadt- und Landkreise voraus. Wer dieses Instrument politisch will, muss deshalb auch seine Finanzierung dauerhaft und planbar absichern.²
5. Baden-Württemberg braucht eine echte **Personaloffensive für die Beruflichen Schulen**. Ob Lehrkräfte gewonnen werden und im System bleiben, entscheidet sich nicht nur an den Hochschulen, sondern vor allem im Schulalltag. Wer Lehrkräfte halten will, muss ihnen Bedingungen bieten, unter denen guter Unterricht möglich ist: weniger Bürokratie, mehr Entlastung, verlässliche Unterstützung, attraktive Entwicklungsperspektiven und klare Zugangswege in den Beruf.
6. **Multiprofessionelle Teams** müssen verbindlich ausgebaut werden. Das Schulbarometer 2025/26 zeigt klar, wie stark psychische Belastung, Leistungsdruck und Mobbing heute den Schulalltag prägen; 30 Prozent der 11- bis 17-Jährigen berichten, im letzten Schuljahr mindestens monatlich Mobbing erlebt zu haben. Wo psychische Belastungen, Gewalt, Schulabsentismus und soziale Problemlagen zunehmen, gehören Schulsozialarbeit, Sonderpädagogen, Schulpsychologen, Berufseinstiegsbegleitung und unterstützende Fachkräfte in die personelle Grundausrüstung Beruflicher Schulen.³
7. Baden-Württemberg braucht für seine Beruflichen Schulen verbindliche **digitale Mindeststandards und eine echte KI-Offensive**. Dazu gehören verlässliche Netze, zeitgemäße Endgeräte, professionelle IT-Administration, rechtssichere Anwendungen und systematische Fortbildung für Lehrkräfte. Es darf nicht länger vom kommunalen Haushalt oder vom Engagement Einzelner abhängen, ob eine Schule digital arbeitsfähig ist. Wer auf die Arbeitswelt von morgen vorbereiten will, muss die Beruflichen Schulen so ausstatten, dass sie mit den technologischen Veränderungen Schritt halten können.
8. Der **ländliche Raum** darf bei den Beruflichen Schulen nicht abgehängt werden. Die künftige Landesregierung muss eine regionale Schulentwicklung mit Augenmaß sichern, Erreichbarkeit und Angebotsbreite mitdenken und Schulstandorte nicht nur unter kurzfristigen Effizienzgesichtspunkten betrachten. Wo Berufliche Schulen geschwächt werden, geraten auch Ausbildungswege, mittelständische Betriebe und ganze Regionen unter Druck.
9. Die **Attraktivität des Lehrerberufs** an Beruflichen Schulen muss gestärkt und nicht beschädigt werden. Gerade in Zeiten des dokumentierten Mangels braucht Baden-Württemberg ein klares Signal für Verlässlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Anerkennung dieses Berufs. Wer den Lehrerberuf politisch unattraktiver macht, verschärft die Personalprobleme. Wer qualifizierte Fachleute für Berufliche Schulen gewinnen will, muss attraktive Rahmenbedingungen sichern, statt neue Unsicherheit zu schaffen.

³ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Förderprogramm AVdual-Begleiter/-innen: Projektförderung als Anteilsfinanzierung für Personalkosten; Kofinanzierung durch Stadt- oder Landkreise erforderlich. <https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme-und-aufrufe/liste-foerderprogramme/uebergang-schule-beruf-avdual-begleiter/-innen-1>

⁴ Robert Bosch Stiftung (2026). Deutsches Schulbarometer: Befragung Schüler:innen 2025. Ergebnisse von 8- bis 17-Jährigen und ihren Erziehungsberechtigten zu Wohlbefinden, Unterrichtsqualität, Partizipationsmöglichkeiten und (Cyber-)Mobbing. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung. PDF: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/documents/2026-03/Deutsches%20Schulbarometer%20Sch%C3%BCler_innen%202025_26_.pdf



Die Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg unterrichten im laufenden Schuljahr landesweit rund 322.000 Schülerinnen und Schüler. Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e. V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg fast 11.000 Lehrerinnen und Lehrer und hat im Bereich der Beruflichen Schulen in allen Personalvertretungen auf Regierungspräsidiumsebene sowie im Kultusministerium die Mehrheit.

verantwortlich i. S. d. P.: Benjamin Starke // b.starke@blv-bw.de // +49 160 93437682

Ansprechpartnerin Presse in der Geschäftsstelle: Vanessa Necker // v.necker@blv-bw.de // +49 711 48 98 37-22

Ein Foto des Vorsitzenden Dr. Christoph Franz sowie des gesamten Vorstands erhalten Sie über folgenden Link: <https://blv-bw.de/presse/>